

Welches Europa wünschen Sie sich für Ihre Kommune?

Christiane Thömmes, Leiterin des Europabüros der Bayerischen Kommunen, Brüssel

Am 1. März 2017 veröffentlichte die EU-Kommission das „Weißbuch zur Zukunft Europas: Die Europäische Union (EU) der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien“. Dieses betrachtet die Herausforderungen und Chancen des europäischen Projekts und skizziert fünf mögliche Zukunftsszenarien. Das Weißbuch setzte den Anfang eines breiten Diskussionsprozesses mit dem Ziel, die Weichen für die EU bis 2025 zu stellen. In seiner Rede zur Lage der EU am 13. September 2017 vor dem Europäischen Parlament skizzierte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seine eigene Vision wie die EU der Zukunft aussehen soll. Darin setzt er sich abermals dafür ein, dass sich die EU künftig auf die wirklich wichtigen Dinge konzentriert.

Die vorgeschlagenen Möglichkeiten beinhalten im Einzelnen:

Szenario 1: Weiter wie bisher

In diesem Szenario konzentrieren sich die künftig nur noch 27 Mitgliedstaaten der EU (EU-27) auf die Umsetzung und Aktualisierung ihrer derzeitigen Reformagenda entsprechend den politischen Leitlinien der Kommission „Ein neuer Start für Europa“ von 2014 und gemäß der Erklärung von Bratislava die alle Mitgliedstaaten 2016 angenommen haben. Diese Agenda beinhaltet vor allem eine stärkere Fokussierung auf gemeinsame EU-Prioritäten, mehr Transparenz und Dialog mit der Öffentlichkeit (wie z. B. Ausbau des Transparenzregisters), mehr Subsidiarität, indem sich die EU um große und grenzübergreifende Themen kümmert (z. B. Reform des Beihilfenrechts so dass die Maßnahmen im Wesentlichen in den Händen der nationalen Behörden liegen) sowie eine neue Struktur der Zusammenarbeit, die projektorientiert erfolgt.

Die EU-Kommission geht davon aus, dass bei so einer Vorgehensweise konkrete Ergebnisse erzielt werden und die Einheit der EU gewahrt bliebe. Allerdings könnte es bei großen Krisen zu ernsthaften Differenzen kommen, die die Einheit der EU auf die Probe stellen, wie etwa bei der Flüchtlingskrise geschehen. Auf einige gegenwärtige und zukünftige Problemstellungen wird nicht in ausreichendem Maß eingegangen werden können. Als ein Beispiel werden technische Barrieren bei vernetzten, selbstfahrenden Autos genannt. Das Szenario bietet also den Vorteil der

Vor 60 Jahren legten die Gründer der EU, inspiriert von der Vision einer friedlichen, gemeinsamen Zukunft, mit den Römischen Verträgen den Grundstein für die europäische Einheitsbewegung. Seitdem hat sich die EU zu einer einzigartigen Gemeinschaft von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten entwickelt. Nach den Krisen der letzten Jahre und vor den Wahlen zum EU-Parlament in 2019 ist der Zeitpunkt gekommen, zu fragen, welchen Weg die EU in Zukunft gehen soll. Besonders die Kommunen sind dazu aufgerufen, sich an diesem Diskussionsprozess zu beteiligen. Denn sie sind es, die immer mehr von EU-Regelungen betroffen sind und europäische Vorgaben direkt vor Ort umsetzen, zugleich aber auch durch den unmittelbaren Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu mehr Information und Verständnis für den europäischen Weg beitragen können.

Weißbuch zur Zukunft Europas

Im März veröffentlichte die EU-Kommission ein sog. Weißbuch für Europas Zukunft. Die EU-Kommission zeigt darin fünf mögliche Entwicklungsszenarien auf und stellt sie europaweit zur Diskussion. Diese Ausblicke auf die Europäische Union wie sie 2025 aussehen könnte, haben bildhaften Charakter - sie sind weder gegenseitig ausschließlich noch erschöpfend. Die alles entscheidende Frage lautet, ob die europäische Integration rückgängig gemacht, beibehalten oder ausgeweitet werden soll. Ziel ist es, dass die Zukunft der EU nicht alleine Beratungsgegenstand von EU-Gipfeltreffen ist, sondern die Vorschläge in allen Mitgliedstaaten zu einem breiten Dialog auf allen Ebenen unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger führen, damit der künftige Weg Europas von allen Europäern und Europäerinnen mitgestaltet werden kann.

Beständigkeit, allerdings ohne große Visionen.

Szenario 2: Schwerpunkt Binnenmarkt

Hier würde sich die EU wieder auf Kernbereiche des Binnenmarktes, also auf den freien Waren- und Kapital- und Zahlungsverkehr beschränken. Nach Ansicht der Kommission wäre dadurch zwar die Entscheidungsfindung auf EU-Ebene leichter verständlich, weil viele Themen bilateral und einzelfallbezogen gelöst werden. Allerdings hätte dies zur Folge, dass die Fähigkeit der EU zu gemeinsamen Handeln sehr begrenzt wäre. Gerade bei großen, grenzüberschreitenden Herausforderungen etwa im Umwelt- und Sicherheitsbereich wären kaum Fortschritte möglich. Letztendlich würde diese Option einen Rückschritt zum Konzept des gemeinsamen Marktes aus den 70iger-Jahren bedeuten. Viele seitdem erzielte Fortschritte in Bereichen wie Reisefreiheit, gemeinsame Sicherung der Außengrenzen, erleichtertes Arbeiten im EU-Ausland sowie gemeinsame technische Standards könnten sich rückläufig entwickeln. Das Ziel eines „gemeinsamen Binnenmarktes“ wäre ständigen Gefährdungen ausgesetzt. In einer Welt, in der Ursachen wie Wirkungen immer mehr grenzüberschreitend sind und es auf kollektiven Einfluss ankommt, scheint dies kaum eine günstige Ausgangsbasis für die Zukunft Europas.

Szenario 3: Wer mehr will, tut mehr

Im 3. Szenario arbeitet die EU grundsätzlich weiter wie bisher. Jedoch wird die verstärkte Zusammenarbeit in bestimmten Politikbereichen von Gruppen interessierter Mitgliedstaaten erleichtert. Dadurch können sich eine oder mehrere „Koalitionen der Willigen“ zu ausgewählten Themen bilden. Im besten Fall werden auf diese Weise einzelne Probleme bilateral gelöst, andere Mitgliedstaaten könnten beitreten oder nachziehen. Die EU entwickelt sich lediglich dadurch weiter, dass die auf freiwilliger Grundlage erfolgende Zusammenarbeit einzelner EU-Staaten erleichtert wird. Beispiele für dieses Modell gibt es schon

jetzt wie im Fall des Euro oder des Schengen-Raums. Aktuelle Gesetzgebungsverfahren in verstärkter Zusammenarbeit betreffen die Europäische Staatsanwaltschaft, die Finanztransaktionssteuer oder das Ehegüterrecht. Künftige Optionen der engeren Zusammenarbeit bieten sich insbesondere im Bereich der Besteuerung, der Sozialstandards aber auch der Verteidigung und militärischen Koordination.

Diese Variante bietet einen flexiblen Spielraum, aber nur partielle Fortschrittmöglichkeiten. Sie birgt die Gefahr, dass die Beschlussfassung auf EU-Ebene komplexer und intransparenter wird. Zudem besteht die Gefahr, dass manche Mitgliedstaaten sich abgehängt oder benachteiligt fühlen. Das EU-Parlament hat sich generell für dieses „Europa mehrerer Geschwindigkeiten“ ausgesprochen und für die Senkung der Anforderungen bei der Zusammenarbeit eines Teils der Mitgliedstaaten plädiert.

Szenario 4: Weniger, aber effizienter

Im Rahmen dieses Szenarios bündelt die EU ihre Kräfte. Sie konzentriert sich auf ausgewählte Gebiete und überlässt andere Politikbereiche den Mitgliedstaaten. In vielen heute harmonisierten Bereichen würden also wieder die nationalen Instanzen Zuständigkeiten bekommen. In den prioritären Bereichen erhielte die EU wirksamere Instrumente, um gemeinsame Entscheidungen unmittelbar um- und durchzusetzen – so wie es heute bereits bei der Wettbewerbs- oder Bankenaufsicht der Fall ist. Wahrscheinliche Felder für eine engere Zusammenarbeit, so die Mitgliedstaaten sich einigen könnten, wären etwa Innovation, Handel, Sicherheit, Migration und Grenzmanagement sowie Verteidigung. Vorteil dieses Szenarios wäre, dass die EU-Bürger und Bürgerinnen sehen, dass die EU nur handelt, wenn dadurch ein echter Mehrwert entsteht. Allerdings könnten Bereiche wie etwa Regionalförderung oder Teile der EU-Beschäftigungs- und Sozialpolitik, z. B. Arbeitszeitregelungen künftig wesentlich reduziert werden.

Szenario 5: Viel mehr gemeinsames Handeln

Diese Variante ist das Gegenteil zu Szenario Zwei und Vier. In dieser weitestgehenden Vision würden sich die Mitgliedstaaten zu einem immer einheitlicheren Europa durchringen. Durch engere Zusammenarbeit könnten nach Vorstellung der Kommission europaweit wesentliche Fortschritte erzielt werden. Einhergehen müsste dies mit einer stärkeren Verantwortung der europäischen Institutionen und mehr Ressourcen für die gemeinsamen Handlungsfelder. Die Verwirklichung könnte schwierig werden, wenn den Bürgern und Bürgerinnen nicht die Furcht davor genommen wird, dass der Subsidiaritätsgedanke als Kernelement europäischer Politik verloren geht. Für diese Vision einer geeinteren, stärkeren und demokratischeren Union hat sich EU-Kommissionspräsident Juncker im Grundsatz ausgesprochen, auch wenn seine persönlichen Zukunftsvision für die EU („Szenario sechs“) sicher einige andere Elemente aus den vorgenannten Vorschlägen mitbeinhaltet.

Anwendungsbeispiel für alle fünf Szenarien: zukünftige EU-Fördermittelpolitik

Im Rahmen der Diskussion veröffentlichte die EU-Kommission zusätzlich Reflexionspapiere zu den Themen soziale Dimension, Globalisierung, Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, Zukunft der europäischen Verteidigung und der EU-Finzen, in denen sie eingehender Stellung nahm. Danach könnten die oben dargestellten fünf Szenarien folgende Auswirkungen auf die EU-Fördermöglichkeiten von Kommunen in stärker entwickelten Regionen wie dem Freistaat Bayern haben:

■ Anteilsmäßige Kürzung

Szenario 1 und 3 hätten als Folge der geringeren Mittel nach dem Austritt Großbritanniens und der steigenden Herausforderungen eine anteilmäßige Kürzung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

(ELER) zur Folge. Sie würden jedoch weiterhin auch in stärker entwickelten Regionen zum Einsatz kommen.

■ Enorme Einschnitte und radikaler Umbau

Bei dem 2. Szenario wären die Einschnitte der EU-Fördermöglichkeiten für Kommunen enorm. Eine Förderung durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) müsste stark gekürzt werden und käme lediglich für „wenig entwickelte“ Regionen in Betracht, also nicht mehr für Bayern. Viele Aktionsprogramme würden gestrichen. Ähnlich hätte das Szenario 4 zur Folge, dass die ESIF nur noch benachbarten Ländern im Rahmen der INTERREG-Förderung und den weniger entwickelten Regionen zugutekommen würden. Die ESIF-Förderung würde sich dabei ausschließlich auf Bereiche der engeren Zusammenarbeit konzentrieren.

■ Zusätzliche Mittel

Das 5. Szenario würde zu einer Stärkung der sozialen und urbanen Verhältnisse sowie der territorialen Zusammenarbeit führen. Für neue Prioritäten müssten zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Darüber hinaus würden für das EU-Währungsgebiet aus einem vollwertigen eigenen Haushalt in größerem Umfang Mittel zu Verfügung gestellt.

Auswirkungen für die Kommunen

Da schon heute mehr als 80 % der Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, kommunale Belange beeinflussen, hat die gegenwärtige Diskussion um die Zukunft der EU zwangsläufig Implikationen für die Kommunen. Angesichts der Vielfalt europäischer Themen und Zuständigkeiten erscheint eine explizite Festlegung auf eines der vorgeschlagenen Szenarien aus kommunaler Sicht derzeit kaum möglich. Eine Änderung der Europäischen Verträge erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder gewollt noch realistischerweise umsetzbar. Sicherlich wird daher eine Mischung der genannten Szenarien, je nach Politikfeld und Themenbereich im Einzelfall in Betracht kommen. So hat sich auch EU-Kommissionspräsident Juncker mit einer Mischung von Vorschlägen zu Wort gemeldet die Varianten der verschiedenen Optionen enthält. Wichtig ist jedoch, dass in der Debatte wie auch bei den daraus resultierenden Ergebnissen für die Kommunen essentielle Kernpunkte beachtet werden: Der EU soll im Sinne des Subsidiaritätsprinzips nur dann eine Aufgabe zugewiesen werden, wenn dadurch ein echter Mehrwert erzielt werden kann. Bedeutend ist zudem, dass zukünftig

Lasten von allen Mitgliedstaaten gleichmäßig getragen werden und die Entscheidungsprozesse in der EU schneller und flexibler gestaltet werden. Darüber hinaus sollten die Kommunen als bürgernächste Ebene stärker auf europäischer Ebene beteiligt werden, was erheblich zur Transparenz der EU beitragen würde.

Ausblick

Die Beteiligung an dem Diskussionsprozess über die Zukunft der EU ist jederzeit über das Onlineportal der EU-Kommission möglich:

► https://ec.europa.eu/commission/feedback-future-europe_de

Zudem organisiert die EU-Kommission zahlreiche Veranstaltungen in allen Mitgliedstaaten zu dem Thema, damit bis zur Wahl des EU-Parlaments im Juni 2019 eine Vorstellung entwickelt werden kann, in welche Richtung sich die EU zukünftig bewegen sollte. Präsident Juncker hat auch schon ein konkretes Datum und Ort für einen EU-Sondergipfel vorgeschlagen, auf dem die verbleibenden 27 Mitgliedstaaten abschließend über die Zukunftsvorschläge entscheiden sollen: am 30. März 2019 in Sibiu/Rumänien.

ANZEIGE

”

Was macht Datenschutzbeauftragte glücklich und ihre Arbeit effizient?

www.rehmetz.de/shop

„jehle, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Hültschiner Str. 3, 81677 München; im Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten! Weitere Informationen unter www.rehmetz.de.



Kuhrau

Datenschutz in der Verwaltungspraxis

Lexikalische Arbeitshilfe für die Praxis

264 Seiten, mit CD-ROM
ISBN 978-3-7825-0592-5
49,99 €

- Die neue lexikalische Arbeitshilfe.
- Mit über 30 Checklisten und Mustervorlagen auf CD-ROM.

„jehle